**Alternative development or alternatives to development –  
Where is development heading?**

Mainstream development has failed to effectuate the economic and social progress it promised. Poverty, famine and bad health are still central problems for Third World countries. This has evoked vast criticism within the community of development scholars, dividing them into two factions: one calling for alternative development and the other for an alternative to development.

A dream turning into a nightmare: That is, in the words of Arturo Escobar (1995: 4), the story of development. Initiated by the Truman doctrine in the post-World War II period, the development era promised to bring progress and prosperity to the «underdeveloped» world, restructuring it according to «advanced» societies and thereby closing the gap between rich and poor countries. But over the following decades expectations have been belied: poverty, bad health and famine persist or have even intensified, exploitation and oppression still remain, the gap between rich and poor has widened. By the end of the 20th century many actors, from the neoliberal wing as well as from the left, declared development dead (Hart, 2001: 649). The development discourse had reached an impasse and entered a deep crisis, thereby giving rise to critical voices and evoking a call for alternatives.

Consequently, a debate over new approaches, which differed the failed, mainstream development conceptions and practices, emerged. Hence, with the new millennium development was back on the agenda. The debate over its principles and practices has not yet ceased, though. The new approaches can be assigned to two differing categories: Alternative development or alternative *to* development. Whereas in the German-speaking community an alternative paradigm based on concepts such as Sustainable Development, local Empowertment, Good Governance and Global Governance has been established and widely accepted, in Anglophone circles the claim for a completely different domain, as expressed by the Post-Development approach, is still being controversially discussed (Ziai, 2006: 193). Post-Development is a comparatively radical, though not homogenous position. Hence, it provoked a series of critiques, which for their part resulted in alternative propositions.

The article in hand shall provide an overview of the current dominant and partly conflicting approaches in contemporary development discourse, in order to draw future paths of development policy and practice. The question at issue is, whether there is a difference between alternative development and an alternative *to* development, altogether. And whether an alternative to development is realistic and desirable.

# Demokratie und Good Governance – Mittel und Ziel des Entwicklungsprozesses

*Das seit Anfang der 1990er Jahre dominierende Paradigma der Entwicklungspolitik heisst «Demokratie und Good Governance». Die bisherigen Erfahrungen in Entwicklungsländern zeigten, dass der Staat eine wichtige Rolle im Entwicklungsprozess einnimmt. Ein demokratisches politisches System und eine saubere Regierungsführung werden seither als Ziel des Entwicklungsprozesses und zugleich als Mittel zur Förderung sozioökonomischer Entwicklung angesehen.*

Manipulierte Wahlen, politische Unruhen, eine Hyper-Inflation, der Kollaps der Wasserversorgung und des Gesundheitssystems, eine Cholera-Epidemie und eine Hungersnot, die Millionen von Menschen bedrohen – in Zimbabwe tritt das Staatsversagen mit grösster Heftigkeit zu Tage. Innert weniger als zehn Jahren hat Präsident Robert Mugabe das Land, das lange als eines der demokratischsten und wirtschaftlich stärksten Schwarzafrikas galt, in den Ruin getrieben (NZZ am Sonntag, 2008). Zimbabwe ist kein Einzelfall: Die jüngsten Ereignisse in anderen Länder Schwarzafrikas wie Somalia oder dem Sudan verdeutlichen den Einfluss der Politik im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsprozess.

Die Weltbank hat diesen Zusammenhang erkannt und Anfang der 1990er Jahre in ihre Entwicklungsstrategie aufgenommen. Das Paradigma lautet seither: Demokratie und Good Governance. Die Demokratisierung ist zum Inbegriff der Entwicklung geworden. Sie wird als Mittel zur politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Problemlösung gehandelt, als Instrument für Freiheit, Wachstum und Wohlstand (Nielinger, 1998: 7). Der Begriff der Demokratie folgt einer liberalen Tradition und ist stark normativ geprägt. Alle erfolgreichen Industrienationen sind Demokratien. Und fast alle Entwicklungsländer haben diese Staatsform mittlerweile übernommen. Die demokratische Transition ist jedoch eine äusserst schwierige, zumal in vielen Entwicklungsländern grundlegende Voraussetzungen nicht oder nur ansatzweise gegeben sind; etwa die Identität und der Zusammenhalt eines Staatsvolkes, dessen Loyalität gegenüber dem Staat, eine politische Kultur, Rechtsstaatlichkeit, eine institutionalisierte Opposition (Nielinger, 1998: 84-89). Viele Transitionsländer sind zwar *de jure* Demokratien, haben eine demokratische Verfassung und Institutionen. *De facto* aber gleichen die Machtverhältnisse und Herrschaftspraktiken immer noch denjenigen eines autoritären Regimes. Die Transition nach westlichen Massstäben hat vielerorts Scheindemokratie hervorgebracht. Ein demokratisch anmutendes Gerüst ist keine Garantie für Entwicklung. Eine Verknüpfung wird erst durch Good Governance ermöglicht. Die Weltbank (1992: 1) definiert den Begriff wie folgt: «Governance is the manner in which power is exercised in the management of a country’s economic and social resources for development.» Good Governance beschreibt demnach die saubere Machtausübung der Regierung, welche sich durch verschiedene Prinzipien auszeichnet, wie etwa Partizipation, Transparenz, Nicht-Diskriminierung, Berechenbarkeit, Effizienz und Rechtsstaatlichkeit (http://go.worldbank.org/G2CHLXX0Q0, Zugriff: 2.1.2009).

Die gegenwärtige Situation in vielen Entwicklungsländern Schwarzafrikas und anderer Regionen zeigt, wie nötig und wie schwierig die Konsolidierung von Demokratie und Good Governance ist. Entwicklung braucht Demokratie. Und Demokratie funktioniert nicht ohne Entwicklung. Diese doppelte Kausalität soll im vorliegenden Artikel genauer analysiert werden. Dazu werden folgende Fragen untersucht: Welche Effekte haben Demokratie und Good Governance auf die ökonomische, soziale und politische Entwicklung und wie können diese gemessen werden? Welches sind am Beispiel Schwarzafrikas die endogenen und exogenen Hindernisse für die Konsolidierung von Demokratie und Good Governance? Welche Elemente können die Erfolgschancen eines Entwicklungsprojekts steigern, das auf der Strategie von Demokratie und Good Governance aufbaut?

**Asylsuchende und Flüchtlinge im Pflegebereich:**

**Chancen und Hindernisse für die berufliche Integration**

Die Schweiz ist traditionellerweise ein Einwanderungsland. Für Arbeitsmigrantinnen und –migranten ebenso wie für Flüchtlinge (Piguet, 2006: 9-12). Die Schweiz hat je nach Bedarf immer wieder gezielt Arbeitskräfte im Ausland rekrutiert, wie etwa in den 1960er Jahren die Saisonniers aus Spanien und Italien für die Industrie und das Baugewerbe (Piguet, 2006: 13-22). Oder jüngst Fachkräfte aus Deutschland für das Gesundheitswesen (Müller, 2008: 27, 28). Die Rekrutierung von Ärzten und Pflegenden aus dem Ausland ins Schweizer Gesundheitswesen entspricht ganz der Schweizer Ausländer- und Migrationspolitik, welche seit einigen Jahren die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte bevorzugt und gleichzeitig die Zuwanderung unqualifizierter Personen eindämmen will. Selbst wenn sie (hoch-)qualifiziert sind, fällt es jedoch vielen Personen aus Drittstaaten schwer, eine ihren Qualifikationen angemessene Arbeit zu finden (Gafner, 2009: 6-10). Davon sind auch Flüchtlinge betroffen. Weil sie anders als qualifizierte Arbeitsmigrantinnen und –migranten nicht primär zum Zweck der Erwerbstätigkeit in die Schweiz einreisen, werden sie als unqualifiziert wahrgenommen (Baghdadi, 2008: 147). Wie gelingt es nun diesen Flüchtlingen und Asylsuchenden, die nicht dem Bild der «qualifizierten Arbeitskräfte» entsprechen, sich dennoch in einer Branche wie dem Pflegewesen, wo eben diese Fachkräfte besonders gefragt sind, zu positionieren?